

Von Studiengebühren und anderen „Sachzwängen“

Bald ist es so weit: Die CDU-Landesregierung wird Studiengebühren einführen und damit endgültig dem gesellschaftlichen Mindestanspruch von Bildung für alle eine Absage erteilen. Doch die CDU-Regierung ist nicht das eigentliche Problem. Sie bewegt sich damit nur im allgemeinen gesellschaftlichen Trend, denn schließlich ist ja der „Standort Deutschland“ in Gefahr: Zu hohe Sozialausgaben, zu wenig Arbeitsplätze, zu viele Studierende und Arbeitslose, zu wenig Wirtschaftswachstum. Das ist schlecht für Deutschland im „neoliberalen“ Wettbewerb.

Deswegen soll (mal wieder) ein Ruck bzw. eine Reform durch die Nation gehen. „Alle gesellschaftlichen Gruppen sollen Opfer bringen“ (G. Schröder) um dieses Land für die Konkurrenz im Kapitalismus zu konditionieren. Da interessiert es dann auch niemanden noch den Anschein von „Demokratie“ zu erwecken. „Es gibt keine Alternative zu unseren Reformplänen“, sagt der deutsche Bundeskanzler und spricht damit nur aus, was ohnehin jede/r wissen könnte: Nicht das Wohlergehen und das Wollen der Menschen steht in dieser Gesellschaft im Vordergrund, sondern der kapitalistische „Sachzwang“ von globaler Ausbeutung und Konkurrenz. Die Palette der Grausamkeiten, welche im Namen des „Standorts Deutschland“ durch Rot-Grün, Schwarz-Gelb oder Rot-Rot bundesweit begangen werden ist dementsprechend lang und reicht weit über die Einführung von Studiengebühren hinaus. Agenda 2010 und Hartz IV sind die Stichworte dafür.

EmpfängerInnen staatlicher Unterstützung wird bei Ablehnung „zumutbarer Arbeit“ die Hilfe bis hin zu gänzlichem Wegfall gestrichen. Wobei „zumutbar“ natürlich Definitionssache der deutschen Ämter ist und die Beweislast einfach umgedreht wird. Das führt dazu, dass zusätzlich 1,5 Millionen Menschen von Sozialhilfe leben müssen und keine neuen Rentenansprüche erwerben. Arbeitslose sollen zur Arbeit getrieben werden; „wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“, heißt es dazu am Stammtisch treffend. Der Kündigungsschutz wird aufgeweicht, wodurch zunehmend nach dem Hire & Fire Prinzip eingestellt werden wird. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die zukünftige Elite, die zurzeit in Heidelberg studiert diese „Marktanforderungen“ längst als individuellen Lebensentwurf verinnerlicht hat.

Schon jetzt arbeiten Arbeitsämter mit Zeitarbeitsfirmen zusammen, welche teilweise sogar Arbeitsplätze zu Leiharbeitskonditionen anbieten. Das bedeutet konkret Bruttostundenlöhne in Höhe von 5-7 Euro. Des Weiteren will die SPD möglicherweise das Rentenalter auf 67 Jahre anheben, während die CDU sogar die Anrechnung der Lebensarbeitszeit auf den Renteneintritt fordert. Das heißt, dass beispielsweise Studierende noch viel später in Rente gehen dürften. Weitere Maßnahmen, wie z.B. die zunehmende Privatisierung der Gesundheitsfürsorge, sind ohnehin auf dem Weg oder schon durchgeführt. Passend zum Trend wird mit ausufernden „Sicherheitsgesetzen“, der Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und „Law and Order“ Politik die Ruhe im Standort Deutschland gegen alles durchgesetzt, was den sich verschärfenden Prozess der Verwertung stören könnte. Die Masse der für den Standort und die „Sachzwänge“ überflüssigen Menschen wächst schließlich.

Wenn man dich nicht fragt, sag' nein

Doch anstatt nun endlich den Aufstand gegen diese weitere Brutalisierung der Gesellschaft zu organisieren, beeilen sich Teile der Gewerkschaften und der studentischen Vertretungen ständig nationalistisch unter Beweis zu stellen wie nützlich sie doch für Deutschland sind und versichern, dass auch sie eigentlich nichts wirklich anderes wollen als „Leistungssteigerung“ und „Arbeit für alle“. Dass in Deutschland reell sechs Millionen Menschen aufgrund der technischen Entwicklung und Produktivitätssteigerung für die (Lohn-)Arbeit schlicht nicht mehr gebraucht werden, interessiert dabei niemanden. Schließlich haben auch die geplanten „Reformen“ neben der Entlastung des Staatshaushaltes das erklärte Ziel „den Menschen Arbeit zu geben“, bzw. die Menschen immer früher dazu zu drängen, auch die schlechtesten Jobs anzunehmen. Miese Arbeit sei ja besser als gar keine und so richten sich die meisten Menschen auch noch begeistert selbst zur Marke „Ich AG“ zu.

Hier zeigt sich neben der masochistischen Liebe der Menschen zu dem was ihnen angetan wird, das völlige Fehlen eines Verständnisses von dem, was Arbeit eigentlich ist. Anstatt Arbeit als Bestandteil der kapitalistischen Praxis zu erkennen wird sie zum festen Bestandteil der menschlichen Natur verklärt. Im Gegensatz zur menschlichen Tätigkeit an sich macht sich der Mensch mit der Lohnarbeit jedoch selbst zum Instrument der kapitalistischen Logik. Um das

eigene Überleben im Kapitalismus sicher zu stellen bleibt ihm letztlich nichts anderes übrig, als sich zum Mittel des Zwecks der Profitproduktion zu machen, also seine Arbeitskraft auf dem „freien Markt“ zu verkaufen. Dadurch tritt er mit anderen Menschen in Konkurrenz und stellt in der Produktion die Rentabilität sicher. Ein solches, durch den Tausch von Arbeitskraft gegen Lohn ermöglichtes Gesellschaftsverhältnis degradiert den Menschen selbst zur Ware, die vergleich- und beliebig mit anderen Waren austauschbar ist. Letztlich sind alle bei Strafe des eigenen Untergangs dazu gezwungen sich dieser Verwertungslogik zu unterwerfen.

Anstatt sich also darüber aufzuregen das Menschen als „Humankapital“ bezeichnet werden, sind vielmehr die gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren, in denen Menschen faktisch nichts anderes sind als „Humankapital“. Dementsprechend ist das Versprechen von Individualität und Freiheit schon immer eine Lüge gewesen. Schließlich kann diese Gesellschaft ihr Glücksversprechen nie einlösen so lange alles was sie anzubieten hat, verwertbar sein und bleiben muss. Deswegen führt auch das Gerede von der „sozialen Marktwirtschaft“, der „Demokratie“ und „Sozialpartnerschaft“, die es laut einigen Gewerkschaften und Asten zu verteidigen gelte, in die Irre. Ist es doch gerade der Staat, der mit seinem Gewaltmonopol Eigentums- und Produktionsverhältnisse schützt und ermöglicht und so die Geschäftsbedingungen aufrechterhält, sprich die Erpressung zur Arbeit organisiert.

Die „sozialen Errungenschaften“ und „Bürgerrechte“ waren immer das Ergebnis von sozialen Kämpfen und werden nun, im fortschreitenden Kapitalismus, wieder einkassiert. Dieser ist ein totales gesellschaftliches Verhältnis, dem sich niemand entziehen kann. Das dadurch nun zwangsläufig entstehende soziale Elend geht folglich auch maßgeblich von der strukturellen Verfasstheit der Gesellschaft und nicht einfach von bestimmten Eliten oder anderen Gruppen aus. Auch wenn Charaktermasken wie Schröder, Fischer oder Hommelhoff durch die Gegend wanken wie die letzten Marionetten – die Fäden zieht niemand. Der durch den Kapitalismus in die Welt gesetzte objektive Widerspruch, dass immer weniger Arbeit nötig ist, jedoch dadurch die Lebenssituation der Menschen immer schlechter wird, ist innerhalb dieses Systems nicht aufzuheben. Alles andere ist Ideologie.

Studiengebühren verhindern? Die Regierung stürzen!

Doch dies muss nicht so bleiben. Schließlich sind diese Verhältnisse von Menschen gemacht, also können sie auch von Menschen verändert werden. Das heißt, dass es Zeit ist, wieder die Systemfrage zu stellen und sich zu wehren. Will das Engagement für eine vernünftige Bildung für alle Menschen erfolgreich sein, kann es also nicht dabei stehen bleiben, „gegen Studiengebühren“ zu sein oder gar den dümmlichen Versuch zu starten, beweisen zu wollen, dass „auch Studenten über 30 fleißig sind“. Die Kritik muss vielmehr auf Ganze gehen. Nicht die alleinige Rücknahme der unverschämten CDU-Pläne, sondern eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse hin zu einer solidarischen Gesellschaft sollte die Forderung aller emanzipatorischen Kräfte sein. Dabei wird uns jedoch keine Resolution und keine Demo alleine ein schönes Leben jenseits der Verwertungslogik bringen können.

Weitere Schritte sind dringend nötig: Ein politischer Streik, das Lahmlegen aller geregelten Aktivitäten an der Uni und das Durchbrechen der gesellschaftlichen Friedhofsruhe hier und überall würden ein Zeichen setzen, an dem auch die baden-württembergische Landesregierung auf Dauer nicht vorbei könnte. Wir meinen, dass genau das geschehen sollte.

Deswegen: Werdet aktiv – organisiert euch. Ein besseres Leben muss erkämpft werden. Schließlich gibt es keinen Grund, dass die Ohnmacht für immer sein muss.

**Gegen kapitalistische „Sachzwänge“
und nationalen Arbeitswahn -
Keinen Finger krumm für diese
Gesellschaft!
Alles für alle und zwar umsonst!**

www.antifa-ak.de

